

Interview: Arbeitskreis Energie und Umwelt der WerteUnion – wie sieht es aus mit Kohlenstoff, Klimawandel, Kernkraft?

geschrieben von AR Göhring | 21. Juli 2021

von AR Göhring

Nach der Pandemie ist vor der Klimakatastrophe: Sollte es Lauterbach und Söder nicht gelingen, eine „vierte Welle“ mit erneuter Vollquarantäne und wieder geschlossenen Wirts- und Warenhäusern durchzusetzen, werden stattdessen Luisa und Greta erneut in den Focus der Massenmedien rücken. Der Aufklärung zu den Gegebenheiten des „Klimaschutz“ widmet sich der neugegründete Arbeitskreis „Energie und Umwelt“ der WerteUnion, dem konservativen Flügel von CDU/CSU. Wir fragten den Vorsitzenden Dr. Christian Steidl.

Herr Dr. Steidl,

der neue WerteUnion-Arbeitskreis „Umwelt und Energie“ unter Ihrer Leitung hat die Regierung aufgefordert, die klimawissenschaftliche Debatte wieder aufzunehmen. Aber wird im Bundestag und in der Öffentlichkeit nicht laufend übers Klima diskutiert?

Steidl: Es wird viel über „Klimaschutz“ geredet, aber alle Politiker der Regierungsparteien reagieren genervt und unwillig, wenn man die zugrunde liegende Frage diskutieren will, wie Klimaveränderungen entstehen und ob das menschengemachte Kohlendioxid dabei eine signifikante Rolle spielt. „Science is settled“, heißt es da auf Neu-Deutsch. Die wissenschaftliche Debatte sei abgeschlossen und das Ergebnis stehe final fest. Rien ne va plus; d.h. nichts geht mehr. Lästige „Diskussionsorgien“ will man nicht mehr. Gesprochen werden darf nur noch über die Frage, ob man das Klima besser mit der Wasserstofftechnik oder mit der Batteriespeichertechnik retten könne.

Die WerteUnion fordert ja nicht nur eine offene Debatte, sondern bringt in diese gleich ihre Überzeugung ein, dass ein Anstieg des Kohlendioxidgehalts zu keiner signifikanten Erderwärmung führt. Worauf basiert diese Einschätzung?

Steidl: Grundlage sind zum einen historische Fakten: Zur Zeit Jesu war es trotz niedrigerem CO₂-Gehalt um 0,6°C wärmer als heute. Die Römer bauten in England Wein an. Es gab vor Jahrmillionen Eiszeiten trotz zehnfach höherem CO₂-Gehalt als heute und nie wurde ein „Kipp-Punkt“ beobachtet. Zum anderen haben wir eine sehr genaue Korrelation der

Temperaturentwicklung der letzten 400 Jahre mit den beobachteten Sonnenfleckenintensitäten. Der Zusammenhang zwischen vermehrten Sonnenflecken, reduzierter kosmischer Strahlung, geringerer Wolkenbildung und damit erhöhter Temperatur ist seit Jahrzehnten bekannt. Es ist schockierend, wie es Medien und Politik im Schulterschluss mit gekauften Wissenschaftlern schaffen, wissenschaftliche Erkenntnisse als „Fake News“ zu diskreditieren. Da die Sonnenfleckenintensitäten aktuell wieder abnehmen und dieser Effekt nicht durch wärmende Meereszyklen und das Wetterphänomen El Niño überlagert wurde, hatten wir in diesem Jahr den kältesten April seit 40 Jahren. Das erkennen auch die Menschen, die mit den IR-Absorptionsbanden des Kohlendioxids und dem 2. Hauptsatz der Thermodynamik nicht so viel anfangen können. Daher sehen wir aktuell gute Chancen für eine erfolgreiche Aufklärungsarbeit.

Die WerteUnion warnt ja davor, daß linke Parteien einen „Ökosozialismus“ in Deutschland etablieren wollten. Was verstehen Sie unter diesem Begriff?

Steidl: Marx und Lenin vertraten die Theorie, dass der Kapitalismus unweigerlich scheitern werde – sozial und ökonomisch. Der Endsieg des Sozialismus sei unabwendbar. Dass das so nicht eintreffen wird, war auch den Parteifunktionären der Kommunistischen Parteien spätestens seit den 70er Jahren klar und seit Ende 1989 ließ sich das auch nicht mehr abstreiten. Daher versuchte man ein neues Narrativ aufzubauen, wie man sein sozialistisches Staatsmodell begründen konnte. Daher engagierten sich die Kommunisten in der Ökobewegung und argumentierten, nur in einer Staatswirtschaft, in der der Staat alles festlegt, sei Umweltschutz umsetzbar. Die ökologische Situation in der DDR war für diese Theorie jedoch kein gutes Aushängeschild. Daher erklärte man den „Klimaschutz“ als das zentrale Ziel des Ökosozialismus. Diese Spielart des Sozialismus ist jedoch nicht exakt das DDR-System, sondern folgt mehr der Definition von Franz-Josef Strauß: Wenn die Staatsquote über 50% beträgt, haben wir Sozialismus. Der Staat sitzt nicht direkt in den Vorständen der Firmen, aber er lenkt sie doch CO₂-Zertifikate und Zuschüsse z.B. für die Umstellung der Stahlproduktion von Koks auf Wasserstoff. Hinzu kommen unzählige Berater und Influencer, die zur Verbreitung und Aufrechterhaltung des CO₂-Klimanarrativs aus der Staatskasse finanziert werden – aktuell zum großen Teil durch Schuldenaufnahme.

EIKE: Unabhängig davon, ob die Fossilressourcen der Erde zu Ende gehen oder CO₂ unerwünschte atmosphärische Wirkungen hat, bietet die Kernkraft zahlreiche Vorteile, weswegen liberale und konservative Denker und Politiker den Stopp des Atomausstiegs fordern. Wie stellen Sie vom Arbeitskreis „Energie und Klima“ sich die Zukunft der Energieversorgung Deutschlands vor?

Steidl: Aktuelle Beschlußlage der WerteUnion – festgehalten in unserem konservativen Manifest – ist, dass wir eine ideologiefreie Debatte zu diesem Thema wünschen und dass eine bezahlbare und verlässliche Energieversorgung gesichert werden muss. Wir wollen im AK „Umwelt und

Energie“ dazu eine ausführlichere Position erarbeiten. Der Stopp des Ausstiegs aus der Kern- und Kohleenergie ist da der erste Punkt. Es macht keinen Sinn, deutsche Kraftwerke abzuschalten und dann den Strom aus Kraftwerken des gleichen Typs aus Frankreich oder Tschechien zu importieren. Ich möchte noch einen Schritt weiter gehen und die bestehenden Kernkraftwerke nach Ablauf ihrer Lebenszeit durch modernere Reaktortypen ersetzen, die die Kernbrennstoffe in kurzlebige Spaltprodukte umwandeln. Dann brauchen wir nur noch oberirdische Zwischenlager für einige Jahrzehnte, solange das Material stärker strahlt und Wärme freisetzt und dann unterirdische Endlager für das entstandene schwach radioaktive Material. Die aktuelle Debatte um die Suche nach möglichen unterirdischen Endlagern für hochradioaktive Abfälle im ganzen Bundesgebiet dient nur der Gründung Hunderter von Antiatomkraft-Bürgerinitiativen zur Wahlkampfunterstützung der Grünen.

Diese Ideen für die zukünftige Energieversorgung diskutieren wir aktuell im Arbeitskreis und werden dazu in nächster Zeit ein Positionspapier vorlegen. Einen Neubau von KKW an neuen Standorten oder gar kleine Atomkraftwerke in jedem Städtchen, halte ich für ein unrealistisches Szenario. Wir sind auch nicht generell gegen erneuerbare Energien. Die haben auch ihren Platz im Energiemix. Aber da brauchen wir verbesserte und kostengünstigere Energiespeicher, damit die erneuerbaren Energien nicht nur überflüssigen Flatterstrom erzeugen, sondern einen sinnvollen Beitrag zur Stromversorgung leisten.

Journalistische Offenlegung: Der Interviewer ist Mitglied der CDU/WU und wirkt im AK „Energie und Klima“ mit.